.....
(Absender)

Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
Förderung von Maßnahmen der politischen Bildung

1 Antragsteller

Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	
Vorsitzende/r:	
Geschäftsführer/in:	
Bearbeiter/in:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	
Bankverbindung:	IBAN: BIC: Kreditinstitut

2 Maßnahme

Thema:	
Veranstaltungsart:	
inhaltliche Ziele:	
Methoden:	
voraussichtlicher Maßnahmebeginn:	
Veranstaltungstermin:	
Veranstaltungsdauer (Stunden/Tage):	
Veranstaltungsort:	
geplante Teilnehmerzahl:	
Zielgruppe(n):	
Referenten:	

3 Begründung

zur Notwendigkeit der Maßnahme (das heißt, welches Ziel wird verfolgt, warum von Landesinteresse, warum verwandte Methode, warum diese Zielgruppe), zur Notwendigkeit der Förderung, zur Finanzierung

4 Gesamtausgaben

Geplante Ausgaben lt. beiliegendem Finanzierungsplan in Euro	
Beantragte Zuwendung in Euro	

5 Finanzierungsplan

		Euro
5.1	Gesamtausgaben (Nummer 4)	
5.2	Eigenanteil des Antragstellers	
5.3	Teilnehmerbeiträge	
5.4	Leistungen Dritter (z. B. projektbezogene Spenden)	
5.5	beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nummer 5.6) durch:	
5.6	beantragte Förderung:	

6 Anlagen

Als Anlagen sind beigefügt:

( ) Programmablaufplan inklusive der Aufgabenbeschreibung und Qualifikation der Referenten
( ) Finanzierungsplan
( ) Satzung
( ) Kopie des Auszuges aus dem Vereinsregister
( ) Gemeinnützigkeitsbescheinigung

( ) Sonstiges:

7 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten),

2. er zum Vorsteuerabzug
   ( ) berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)
   ( ) nicht berechtigt ist (Preise einschließlich Umsatzsteuer),

3. Änderungen in der Satzung und im Vereinsregisterauszug sofort angezeigt werden,

4. ihm die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 des Strafgesetzbuches und die Tatsachen nach den Nummern 3.6.2 bis 3.6.4 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung als subventionserheblich bekannt sind,

5. die in diesem Antrag (einschließlich der Antragsunterlagen und der Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

....

Ort, Datum Rechtsverbindliche Unterschrift